



Evangelische Verantwortung

Mai 1986

Wir dürfen einander nicht loslassen

Kurz vor Ostern veröffentlichten der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die Evangelische Kirche in Deutschland die gemeinsame Erklärung „Hoffnung auf Frieden“ (s. u.). Dieses erneute gemeinsame Wort der beiden Kirchen sowie eine Reihe nachdenklich stimmender Äußerungen über eine zunehmende Resignation der Kirche und ihrer Mitglieder in der DDR im Blick auf das gesellschaftliche Leben sind Anlaß für uns, das Thema „Christen in der DDR“ in den Mittelpunkt dieser Ausgabe zu stellen.

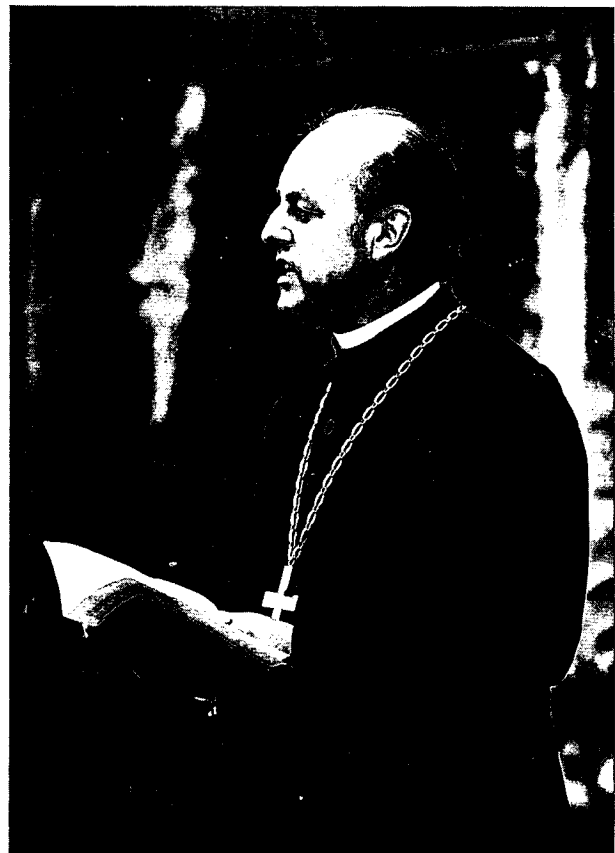
Seit kurzem haben die sieben Millionen Protestanten in den acht Landeskirchen der DDR einen neuen Repräsentanten: den thüringischen Landesbischof Dr. Werner Leich aus der Lutherstadt Eisenach am Fuße der Wartburg. Der 59jährige Lutheraner wurde Anfang Februar Nachfolger des sächsischen Landesbischof Dr. Johannes Hempel als Vorsitzender der Konferenz der evangelischen Kirchen in der DDR. Im folgenden Leichs erstes Interview mit einem Presseorgan in der Bundesrepublik Deutschland. Mit Bischof Leich sprach Helmut Matthies (idea).

idea: Herr Bischof, worin liegen die Schwerpunkte der kirchlichen Arbeit in der DDR in den nächsten Jahren?

Leich: Unsere Kirchen besinnen sich im jetzigen Missionarischen Jahrzehnt auf ihren Missionsauftrag. Unbewußt und auch bewußt ist ein neues Fragen nach dem Sinn des Lebens aufgebrochen. Die Antwort wird nicht mehr ausschließlich im Lebensbereich des Menschen gesucht, sondern auch von außen erwartet. Diese Durchlässigkeit des Fragens auf Gott hin darf unseren Kirchen keine Ruhe lassen. Wir müssen darum ringen, wie wir das Evangelium Gottes zu den fragenden Menschen unserer Zeit bringen. Dies ist ein erster Schwerpunkt. In diesem gemeinsamen Ringen um das Zeugnis der Kirche werden unsere evangelischen Kirchen in der DDR weiterhin zusammenwachsen. Das ist meine Hoffnung. Eines Tages wird aus diesem Zusammenwach-

sen auch eine einfache und durchsichtige Organisationsform unserer evangelischen Kirchen in der DDR entstehen.

Hier liegt ein zweiter Schwerpunkt. Einen dritten sehe ich in dem Prozeß der ökumenischen Gemeinschaft mit dem Nahziel des engeren Zu-



Bischof Dr. Werner Leich,
Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.
Foto Lachmann

sammenrückens und besseren Verständnisse unter den Kirchen in der Welt und dem Fernziel der Einheit der Kirchen. Die Beschäftigung mit den Konvergenzerklärungen des Weltkirchensrates zu Taufe, Eucharistie und Amt muß bis in unsere Gemeinden hineingetragen werden und auch Erneuerungsprozesse einleiten. Im Vordergrund wird die Frage eines Konzils des Friedens ein Prüfstein für die Bereitschaft zu ökumenischem Handeln unter den Kirchen der Welt sein. Dabei ist die Namensgebung einer weltweiten Kirchenversammlung nicht entscheidend. Aber die Forderung, daß alle Kirchen mit einer Stimme zum Frieden mahnen und sich selbst einbringen, hat der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR bekräftigt. Auch dies wird ein Schwerpunkt künftiger Arbeit sein. Mit der Frage nach der Erhaltung des Friedens in der Welt ist ein weiterer Schwerpunkt kirchlicher Arbeit angesprochen. Er verbindet sich in der DDR immer mit der Auslegung der Standortbestimmung der Kirche als „Kirche im Sozialismus“. Die Auslegung muß entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung beständig aktualisiert werden. Sie bewegt sich zwischen zwei Eckpunkten: dem Prinzip der Trennung von Staat und Kirche und der Gesellschaft offener, dem Menschen dienender Beziehungen zwischen Staat und Kirche.

idea: Sie werden wahrscheinlich manchmal von Marxisten gefragt, warum Sie Christ sind. Wie lautet Ihre Antwort? Was können Christen von Marxisten lernen und umgekehrt?

Leich: Ich muß Sie enttäuschen, leider wird mir diese Frage selten gestellt. Meine Antwort heißt: Ich habe nichts dazu getan, Christ zu werden, ich bin geführt worden. Dafür bin ich dankbar. Das hält mich offen, von Andersdenkenden zu lernen. Wir Christen können von den Marxisten lernen, den Menschen konsequent als Gemeinschaftswesen, wenn Sie so wollen, als politisches Wesen zu sehen und dabei seine Lebensbedingungen ernstzunehmen. Die Marxisten könnten, wenn sie es wollen, von uns lernen, daß der Mensch nicht durch Leistung, sondern durch Zuwendung glücklich wird.

Interesse für Christentum

idea: Worauf führen Sie es zurück, daß sich immer mehr Jugendliche in der DDR für das Christentum interessieren, während ansonsten die Mitgliederzahl der Kirchen geringer wird?

Leich: Ich führe dies zurück auf die bereits beschriebene Durchlässigkeit einer neuen Fragehaltung zu Gott hin. Zu allen Zeiten hat die Jugend neue geistige Strömungen verkörpert und ausgelebt. Ich muß aber, um der Nüchternheit willen,

anmerken, daß vom Interesse zur Entscheidung ein weiter Weg zu gehen ist. Und Christ wird man nur durch Entscheidung.

idea: Fast alle Jugendlichen in der DDR nehmen an der Jugendweihe und am Wehrkundeunterricht teil. Hat sich die Kirche damit abgefunden? Stützt sie die Verweigerer?

Leich: Die evangelischen Kirchen haben sich zu der Frage der Jugendweihe und des Wehrkundeunterrichts öffentlich und eindeutig erklärt. Davon haben sie nichts zurückgenommen. Deshalb treten die Kirchen auch für die Minderheiten ein, die in den genannten Bereichen gegen den Strom schwimmen. Andererseits kann die Kirche ihre eigenen Erklärungen nicht zum unbedingten Gesetz für ihre Gemeindeglieder machen. Sie muß die Entscheidungen des einzelnen aus seiner persönlichen Situation heraus verstehen und ernstnehmen.

idea: Die Kirche in der DDR wird von einer Volkskirche zu einer Freiwilligkeits- bzw. Freikirche. Begrüßen Sie diesen Trend?

Leich: Ich halte dies für eine verkürzende Gegenüberstellung. In einem grundsätzlichen Sinn bleiben unsere evangelischen Kirchen Volkskirche. Die Auflösung der quantitativen Beschreibung von Volkskirchen in der zahlenmäßigen Übereinstimmung zwischen Christsein und Bürgersein kann den volkshkirchlichen Ansatz im Grundsatz nicht in Frage stellen. Jedenfalls ist Freiwilligkeitskirche kein echter Gegensatz zur Volkskirche. Die Kirchenzugehörigkeit ist bei uns schon lange im weitesten Sinne des Wortes freiwillig. Dennoch werden unsere Kirchen durchaus als Volkskirche ernstgenommen.

Kirche – Staat: Beständige Fortschritte

idea: Im Blick auf das Verhältnis vom Staat zur Kirche sieht es seit dem 6. März 1978 so aus, als ob es immer besser geworden wäre. Gibt es kaum noch Probleme? Und was erwarten Sie von den geplanten neuen Spitzengesprächen?

Leich: Es stimmt, daß es im Verhältnis von Staat und Kirche beständig Fortschritte gegeben hat. Dies kann nur der beurteilen, der sich der Schwierigkeit eines Nebeneinanders von einem marxistisch geprägten Arbeiter- und Bauernstaat und einer in ihrer früheren Geschichte arbeiterfremd gewordenen Kirche bewußt ist. Dieses Verhältnis kann nie spannungsfrei sein. Aber es kann durch Gesprächsbereitschaft und Freimütigkeit zum besten der Menschen gestaltet werden. Die Bereitschaft dazu ist auf seiten unseres Staates und unserer Kirchen vorhanden. Für die Kirche

bleibt dabei das seinerzeit von Bischof Dr. Schönherr formulierte Kriterium maßgebend, nach dem das Verhältnis von Staat und Kirche daran zu messen ist, wie es von den Christen in ihrem Alltag, besonders in ihrem Arbeits- und Bildungsbereich, erfahren wird. Weiterhin bestehende Probleme möchte ich zuerst den Verantwortlichen unseres Staates mitteilen, bevor ich öffentlich darüber spreche. Das gilt auch für ein sogenanntes „Spitzengespräch“, für dessen Zustandekommen es noch keine Anhaltspunkte gibt.

idea: Wo sind für die Kirche im Sozialismus die Grenzen zwischen Anpassung und Verweigerung? Manche Kreise in und außerhalb der DDR werfen ihr vor, sich zu sehr anzupassen.

Leich: Die Grenze liegt zwischen zwei Verpflichtungen der Kirche: Die erste ist die unbedingte Bindung der Kirche an das Wort Gottes mit der daraus abzuleitenden Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit. Die zweite Verpflichtung

liegt in der Fürsorge gegenüber allen Gemeindegliedern. Die Mehrzahl unserer Gemeindeglieder steht im Arbeitsprozeß unserer Gesellschaft. Dort sehen sie ihre Aufgabe und Verpflichtung im Alltag. In der Regel wird die zu große Anpassung der Kirche aus einer mir durchaus verständlichen, aber verengten Gruppensicht vorgetragen. Ich selbst teile die Ansicht einer zu weit gehenden Anpassung nicht. Die Synode des Bundes hat zu allen entscheidenden Lebensfragen sehr offen Stellung genommen. Sie hat aber nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie ihren Auftrag als Kirche hier in der DDR erfüllen und darum auch die gesellschaftliche Wirklichkeit ernstnehmen will.

Forderungen von Friedenskreisen

idea: Angehörige kirchlicher Friedenskreise appellierten jetzt an die DDR-Führung, uneingeschränkte Reisefreiheit für alle und mehr

Hoffnung auf Frieden

Die gemeinsame Erklärung der EKD und der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit dem Titel „Hoffnung auf Frieden“ hat folgenden Wortlaut.

Hoffnung auf Frieden bringt Gutes in Bewegung. – Die besondere Verantwortung unserer Staaten für den Frieden in Europa wird von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik und vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bejaht. Dazu werden wir ermutigt, weil wir gemeinsam auf Gottes Auftrag und Verheißung hören.

Wo immer sich Christen um den rechten Weg zum Frieden mühen, wissen sie: Gott hat in Jesus Christus die Welt mit sich selbst versöhnt (2. Kor. 5,19). Der friedlose und versöhnungsbedürftige Mensch kann im Kreuz Jesus Christi Frieden mit Gott finden. Dieser Friede soll auch in der Welt wirksam werden: „Jaget nach dem Frieden mit Jedermann und der Heiligung, ohne die niemand den Herrn sehen wird“ (Hebr. 12,14). Heiligung verbindet unser Leben mit Jesus Christus. Von ihr geht Friede aus.

Zur Heiligung des Christen gehört auch die Verbindung mit Gott im Gebet. Auch durch die Fürbitte stiften wir Frieden. Fürbittend treten wir für alle Politiker und alle ihre Verhandlungen ein, damit sie dem Frieden dienen. Die Unterredung zwischen Generalsekretär Gorbatschow und Präsident Reagan wurde weltweit von der Fürbitte der Christen begleitet. Wir danken Gott, daß es zu guten Gesprächen gekommen ist.

Der aufgenommene Kontakt sollte unbedingt in weiteren Begegnungen und Verhandlungen fortgesetzt werden. Wir bitten alle Verantwortlichen, die Wege des Vertrauens und der Verständigung fortzusetzen und neue Konfrontationen zu vermeiden. Beide deutsche Staaten können ihre besondere Verpflichtung für die Sicherung des Friedens tatkräftig erfüllen, indem sie ihre Beziehungen weiterhin gedeihlich, politisch wirkungsvoll und für ihr Bürger vorteilhaft entwickeln.

Die Vertrauenswürdigkeit der Staaten nach außen wird auch dadurch gefördert, daß die in der KSZE-Schlußakte beschriebenen Menschenrechte und Grundfreiheiten im Innern gestärkt werden. Die schöpferischen Kräfte der Bürger blühen auf,

Leistungskraft und Stabilität wachsen, wo Vertrauen gewagt und Toleranz geübt wird. Die innere Stabilität der Staaten aber erweitert ihre Handlungsmöglichkeiten und festigt insgesamt friedliche Verhältnisse.

Unsere Gemeinden bitten wir, nicht müde zu werden im Gebet um den Frieden. Auch das geforderte und ersehnte „Konzil des Friedens“ ist darin einzubeziehen. Unseren Gebeten soll ein „konziliarer Prozeß an der Basis“ entsprechen, in dem einzelne Christen und Gruppen verschiedener Meinungen sich um Übereinstimmung bemühen. Das hohe Gut des Friedens läßt Rechthaberei hinter das große gemeinsame Ziel zurücktreten. Auf diesem Weg zum Frieden ist unabdingbar unsere Mitverantwortung für soziale Gerechtigkeit in den von Hunger, Armut und Katastrophen heimgesuchten Ländern unserer Erde gefordert.

Wir zweifeln daran, daß durch die Entwicklung weltraumgestützter Abwehrwaffen ein Mehr an Sicherheit erreicht wird. Wir fürchten, daß dadurch das Wettrüsten mit allen seinen Nachteilen und Gefahren fortgesetzt wird.

Die wechselseitigen Vorschläge der Weltmächte vom Januar/Februar 1986 fordern eine ernsthafte Antwort und die gemeinsame Anstrengung aller Völker und Menschen guten Willens. Wichtige nächste Schritte dazu sollten sein: Ein umfassendes Moratorium für Kernwaffentests, das Verbot aller chemischen und biologischen Waffen, die Verminderung konventioneller Waffen.

Das unverrückbare Ziel in allem: Kriege dürfen nicht mehr geführt werden, Kriege sind keine Mittel politischer Konfliktlösungen mehr.

Mit allen Menschen guten Willens warten wir darauf, daß die weltweiten Hoffnungen auf Frieden nicht nur in einseitigen Willenserklärungen der Staaten, sondern in internationalen Verträgen ihren klaren und verbindlichen Niederschlag finden.

Unsere Welt ist durch Angst, Haß und Feindseligkeit geprägt. Begegnungen über Grenzen hinweg helfen zu gegenseitigem Vertrauen.

Nach Gottes Willen entsteht durch Menschen, die im Glauben Versöhnung erfahren, Vertrauen und Liebe und Gemeinschaft. Gottes Wort stärkt unsere Gewißheit: Im Glauben haben wir Frieden inmitten unserer Welt. Aus solchem Frieden will Gott selbst Gutes wachsen lassen.

Demokratie zu gewähren. Begrüßt der Kirchenbund diese Forderung?

Leich: Die Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR hat bisher alle Anliegen der Gemeindeglieder offen angesprochen und, wo ihr dies begründet erschien, auch offen vertreten. Sie wird zusammen mit der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen auch weiterhin die Stimme bleiben, mit der unsere evangelischen Kirchen sich einmütig äußern.

idea: In der kirchlichen Presse wurden Sie im letzten Jahr mit der Bemerkung zitiert, die Freiheit sei in der Bundesrepublik nicht größer als in der DDR. Trotzdem wollen zur Zeit etwa 600.000 DDR-Bürger ausreisen. Was sollte getan werden, damit sie die DDR als Heimat betrachten können?

zugewiesenen Lebensbereich einen Auftrag haben. Ich sehe für uns als Kirche die Aufgabe, diese Aufforderung deutlicher aus dem Gemeinschaftsangebot in der Beheimatung in der Kirchengemeinde erwachsen zu lassen. Auf der anderen Seite haben sich unsere Kirchen schon immer für im humanitären Bereich begründete Anträge auf Übersiedlung in direkten Gesprächen eingesetzt und dabei auch weitgehend Gehör gefunden.

Es geht nicht auseinander

idea: Manche behaupten, die EKD und der Kirchenbund in der DDR entwickelten sich immer mehr auseinander. Teilen Sie diese Einschätzung?

Zeichen der Verbundenheit setzen

Hans-Christian Maaß

Zum Osterfest gab es erneut – übrigens zum vierten Mal seit 1979 – eine gemeinsame Erklärung der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Inhaltlich hat es berechtigt kritische Anfragen gegeben. Wichtig bleibt jedoch auch die Tatsache, daß die Christen in beiden Teilen Deutschlands durch diese Erklärungen kirchen- und deutschlandpolitisch ihr enges Verhältnis öffentlich zum Ausdruck bringen. Die Kirche in der DDR ist bemüht, die in der Bundesordnung von 1969 enthaltene Passage der „besonderen Beziehungen“ zu den Kirchen der EKD, im Alltag voll umzusetzen. Das Engagement für kirchenpolitische Gemeinsamkeiten ist im anderen Teil Deutschlands nicht nur in den Kirchenleitungen, sondern an der „Basis“ spürbar.

Dieser positiven Grundströmung stehen oft Interessenlosigkeit, Berührungängste und mangelndes Engagement von bundesdeutscher Seite entgegen. Natürlich gibt es auch positive Beispiele! – Viele Kirchengemeinden haben ihre Beziehungen zu den Partnergemeinden in der DDR reaktiviert oder sogar

kontinuierlich über die Jahrzehnte der Teilung gepflegt. Oft wird bei der Rückkehr von Besuchen in der DDR davon berichtet, daß man sich als Gast in besonderer Weise beschenkt fühlte.

Die politisch wie wirtschaftlich begrenzten Möglichkeiten haben die Kirchengemeinden in der DDR enger zusammenrücken lassen. Diese Nähe schafft Wärme und Geborgenheit, die offenbar auch von Christen aus dem reichen Westen als wohltuend empfunden wird. Gerade die jüngsten Äußerungen des Ostberliner Bischofs Forck auf der Synode der Evangelischen Kirche Berlin Brandenburg spiegeln die realen Gestaltungsmöglichkeiten der Kirche in einem atheistischen Staat deutlich wider: Militarisierung der Gesellschaft, Benachteiligung von Christen im Bildungsbereich und bei der beruflichen Entwicklung und Willkür bei Reisewünschen haben u. a. zu Resignation unter den Christen geführt. Die Kirchengemeinde wird auf dem Hintergrund derartiger Erfahrungen nicht selten als Solidargemeinschaft im Luftschutzkeller empfungen.

Wir sollten durch Besuche und Begegnungen, vor allem auch jüngerer Leute im anderen Teil Deutschlands, Zeichen der Verbundenheit setzen.

Anm.: Hans-Christian Maaß ist stellv. Sprecher der CDU.

Leich: Sie zitieren ein aus dem Zusammenhang gerissenes und stark verkürztes Zitat aus einem Gespräch, das ich mit Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern in Hof geführt habe. Sinngemäß habe ich dies gesagt: Ich glaube nicht, daß es einen Staat mit absoluter Freiheit für seine Bürger gibt. Genau gesehen gibt es in jedem Staat auf unterschiedlich erkennbare Weise Einschränkungen der Freiheit. Ich bin zum Beispiel der Überzeugung, daß eine innere Haltung, die vom Staat so viel wie möglich verlangt und ihm gleichzeitig so wenig wie möglich zu geben bereit ist, trotz gepriesener subjektiver Freiheit erhebliche Unfreiheiten produziert. Die Zahl der Antragsteller auf Übersiedlung in die Bundesrepublik ist mir nicht bekannt. Soviel ich weiß, gibt es darüber auch keine statistischen Auskünfte. Wir haben als Kirche unseren Gemeindegliedern eindeutig gesagt, daß wie als Christen in dem uns von Gott

Leich: Ich teile diese Einschätzung nicht und verweise dabei auf das gemeinsame Wort unserer Kirchen zum 8. Mai (1945–1985). Es ist klar, daß die unterschiedlichen gesellschaftlich-politischen Strukturen von beiden deutschen Staaten das Verhältnis von EKD und Kirchenbund nicht unberührt lassen. Bisher hat aber darunter weder die Verbundenheit im Glauben und das Herkommen aus einer gemeinsamen Kirchengeschichte noch das offene und im Vertrauen gegründete Gespräch gelitten. Ich bin der Überzeugung, daß dies auch in Zukunft nicht der Fall sein wird.

idea: Wie ließe sich die „besondere Gemeinschaft“ zwischen beiden mit noch mehr Leben erfüllen?

Leich: Die in Artikel 4.4 der Bundesordnung angesprochene „besondere Gemeinschaft“ existiert. Die EKD und der Kirchenbund haben sich

organisatorisch freigegeben, um in der besonderen gesellschaftlichen Situation den eigenen Auftrag der Kirche wahrnehmen zu können. Sie haben sich gebunden in der gemeinsamen Glaubensgeschichte und Verantwortung füreinander. Es wird immer von einer Situation abhängen, wie sich diese Dialektik von Freiheit und Bindung in gemeinsamen Unternehmungen auswirkt. Wir beobachten die Situation gemeinsam und handeln dann in gegenseitiger Übereinstimmung.

Berliner Mauer kein Ewigkeitswert

idea: Die Berliner Mauer existiert 1986 25 Jahre. Halten Sie ihren Wegfall bzw. eine Wiedervereinigung für völlig ausgeschlossen? Wie würden Sie sich ein solches Deutschland vorstellen?

Leich: Als Christ glaube ich, daß die Gegebenheiten der Menschengeschichte keinen Ewigkeitswert haben. Das macht mich gelassen und fähig, den Auftrag der Kirche innerhalb der vorhandenen Realitäten zweier souveräner deutscher Staaten zu sehen. Wenn ich mir Zukunftsvorstellungen mache, dann beziehen sie sich auf eine erneuerte Kirche. Dies ist mir im Augenblick wichtiger als die gegenwärtig wenig realistische Vorstellung eines wiedervereinigten Deutschlands.

idea: Gorbatschow und Reagan trafen und treffen sich. Sollten auch Kohl und Honecker sich öfters treffen? Und was erhofft sich die Kirche davon?

Leich: Die Kirche kann den Staatsmännern keine Vorschriften über die Methode ihres Handelns machen. Aber der Inhalt und das Ziel des Handels sind der Kirche überaus wichtig. Persönlich bin ich davon überzeugt, daß die personale Dimension im politischen Handeln das persönliche Bekannt- und Berechenbarsein der verantwortlichen Staatsmänner untereinander von großer Bedeutung ist. Der Vorsitzende unseres Staatsrates und führende Repräsentanten der DDR nehmen diese Möglichkeit mit zunehmender Konsequenz wahr. Wichtig ist für unsere Kirchen der Prozeß des Umdenkens unter Trägern politischer Verantwortung. Anspruch auf militärische Überlegenheit führt unweigerlich zur Steigerung des Rüstungswettlaufs. Dieser ist auch ohne offene Eskalation schleichend tödlich für die gesamte Menschheit. Wir sind aufgrund der wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten der Menschheit an einer Grenze angelangt. Überleben und Glück der Menschen kann nur noch durch politische Gemeinsamkeit und ein Mindestmaß an Vertrauen erreicht werden. Das bedeutet für mich konsequente Schritte zur Abrüstung in allen Bereichen militärischer Rüstung und zur wechselseitigen Verzahnung der bestehenden Machtblöcke im Interesse einer zunehmenden

Sicherung des Friedens. Die Glieder unserer Kirchen hoffen, daß sich die verantwortlichen Politiker unserer Staaten mit ihrer besonderen Kenntnis und Weitsicht auf der beschriebenen Linie treffen. Dabei bin ich aus persönlicher Kenntnis davon überzeugt, daß der Vorsitzende des Staatsrates und die Regierung der DDR zu konstruktivem Handeln in dem beschriebenen Sinn bereit sind.

Viele Zeichen der Zuwendung

idea: Möchten Sie den Christen in der Bundesrepublik Deutschland etwas sagen?

Leich: Ich habe die Gewißheit, daß die evangelischen Christen in der Bundesrepublik in dem Ringen um die Nachfolge Jesu den rechten Weg in ihrer Situation finden. Wir Christen in der DDR erfahren viele Zeichen der Zuwendung von Christen, Gemeinden und Kirchen der Bundesrepublik. Dafür sind wir dankbar. Ich selbst vertraue darauf, daß sich die Dialektik von Freiheit und Bindung unter uns weiterhin bewährt. Sie kann über die kirchlichen Beziehungen hinaus ein wichtiger Beitrag zur Entspannung auf beiden Seiten der Nahtstelle sein, an der die mächtigsten Militärbündnisse der Gegenwart sich berühren. Damit stehen wir im Osten und Westen in der gemeinsamen Aufgabe, den Frieden mit Gott anzunehmen und für den Frieden unter den Menschen mit Wort und Tat einzutreten. In dieser Aufgabe dürfen wir einander nicht loslassen.

Aus dem Inhalt

Wir dürfen einander nicht loslassen	1
Hoffnung auf Frieden	3
Zeichen der Verbundenheit setzen	4
Kirche in der DDR	6
Zur Lage der Nation	7
Tagungen zum Thema	8
Toleranz ist ein hohes Gut	8
Um der Menschen willen – Evangelische Christen und die Soziale Marktwirtschaft –	10
Die geistig-moralische Wende – was ist aus ihr geworden?	11
Frühkindliche Erziehung – Das Defizit unserer Gesellschaft	13
Aus unserer Arbeit	15
Buchbesprechung	16

Kirche in der DDR – Vermischtes

– Bischof Forck über den Dienst der Kirche

„Die Kirche soll sich in ihrem Dienst besonders derer annehmen, die an den Rand der Gesellschaft geraten sind. Ihr Dienst ist aber nicht im Einsatz für die Alten und Behinderten erledigt, so sehr das gewiß auch zu ihrem Dienst gehört. Sie wird vielmehr auch für die da sein müssen, die anders sind oder anders denken und deshalb Nachteile haben oder jedenfalls nicht genügend berücksichtigt werden. Sie wird auch als die „in die chaotischen Felder der Welt“ entsandte Bruderschaft zu dem Wettrüsten, der Ausbeutung und Zerstörung der Schöpfung und zu offenkundigem Unrecht nicht schweigen dürfen. Sonst wäre sie nicht die von ihrem Herrn, dem „Urbild des Diakonen“, zum Dienst in die Welt entsandte Kirche. Was sie dann jeweils zu sagen oder zu tun hat, kann im voraus nicht entschieden werden. Es sollte aber von der Bruderschaft im Lichte des Evangeliums besprochen und geklärt werden. Stellungnahmen und Aktionen im Alleingang werden nur in Ausnahmefällen sich auf das Evangelium berufen können.“

(Aus einem Vortrag vor der berlin-brandenburgischen Synode)

– Dreißig neue evangelische Kirchen

Berlin – In dreißig Städten und Neubaugebieten der DDR werden bis Ende 1990 neue, als Gemeindezentren ausgestaltete evangelische Kirchen stehen. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hat sein 1978 gestartetes Programm „Kirchen für neue Städte“ entsprechend erweitert. Zehn dieser Kirchen sind bereits errichtet und eingeweiht, zehn weitere befinden sich im Bau oder in der Bauvorbereitung. Für die restlichen der zunächst vorgesehenen dreißig Gemeindezentren, die jetzt geplant werden, hat der evangelische Kirchenbund der DDR einen Spendenaufruf an die Gemeinden gerichtet. Das von der Regierung genehmigte Bauprogramm für Kirchen in Neubaugebieten, in denen ursprünglich Kirchengebäude nicht vorgesehen waren, wird überwiegend von westdeutschen evangelischen Kirchen finanziert. Die Kosten für Projektie-

rung, Ausstattung mit Mobiliar, Glocken, Orgeln und für die Freiflächengestaltung können jedoch in ostdeutscher Mark bestritten werden. Bei zwei Spendensammlungen sind dafür bereits 3,6 Millionen Mark (Ost) zusammengekommen, mit denen die Christen in der ganzen DDR die Gemeinden, in denen ein Neubau möglich ist, unterstützen.

Über die bereits in Dienst gestellten neuen kirchlichen Zentren in Berlin (Ost), Schwerin, Greifswald, Magdeburg, Eisenhüttenstadt, Leipzig, Gotha, Jena, Dresden, und Karl-Marx-Stadt (früher Chemnitz) hat der Kirchenbund eine Broschüre herausgebracht. Darin heißt es, daß die Kirchenbauten in den neuen Siedlungsgebieten „auch in ihrer äußeren Gestaltung zeichenhaft wirken“ sollen. Alle Gebäude sind so konzipiert, daß eine variable Innenraumgestaltung die Nutzung für Gottesdienste und Gemeindearbeit ermöglicht. Pfarrer- und Mitarbeiterwohnungen werden in unmittelbarer Nähe der Gemeindezentren errichtet. Mit der Verwendung natürlicher, landschaftstypischer Baustoffe werde versucht, auch vom Äußeren her architektonisch ansprechende Bauwerke zu schaffen. Die Kirchenbauten, für die jetzt Spenden erbeten werden, sind in den Naubaugebieten Arnstadt Süd, Berlin-Marzahn III, Dresden-Gorbitz, Erfurt Süd, Gera-Bieblach, Neubrandenburg, Rostock Südost, Stralsund-Grünhufe, Suhl Nord und Weimar Nordwest vorgesehen.

– Sächsische Synode für regionale Friedensversammlung

Dresden – Die Synode der sächsischen evangelischen Landeskirche hat sich dafür ausgesprochen, 1988 eine „ökumenische Versammlung“ mit Vertretern aller christlichen Kirchen in der DDR einzuberufen. Wie aus einer Mitte März in Dresden gefaßten Entschließung der Synode hervorgeht, soll die Versammlung Teil des vom Weltrat der Kirchen angeregten konziliaren Prozesses sein, der 1990 zu einer Weltkonferenz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung führen soll. Wie es in der von der Synode bei einer Gegenstimme angenommenen Entschließung heißt, sieht sie in einer

solchen Versammlung eine wichtige Möglichkeit, die Bemühungen um ein Friedenskonzil der Kirchen auf Weltenebene zunächst im eigenen Land zu verwirklichen.

– Kirche dringt auf offene Information

Dresden – Die Nichtveröffentlichung gesetzlicher Bestimmungen für die im Februar in Kraft getretene Erweiterung der Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger ist erneut auf kirchliche Kritik gestoßen. Diese Praxis sowie die Tatsache, daß bei Ablehnungen von den zuständigen Behörden keine Begründungen gegeben werden, müsse in der Bevölkerung zu „Unsicherheit und Mißbehandlungen“ führen, heißt es in einem Bericht, den die in Dresden tagende Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens kürzlich entgegennahm.

Der Synode war eine Reihe von Eingaben aus den Gemeinden zugegangen, die in einem Ausschuß beraten wurden. Der Ausschußvorsitzende berichtete dem Plenum über den Inhalt der Eingaben und nahm zu ihnen Stellung. Zuvor war bereits eine entsprechende Kritik an fehlender Transparenz der geltenden Reiseregeln auch bei der in Schwerin tagenden Synode der mecklenburgischen Landeskirche erhoben worden. Zur Erweiterung der Reisemöglichkeiten hieß es in Dresden, der Ausschuß sehe darin einen Schritt, „der von Vertrauen zeugt, der Vertrauen schafft und der darum am Frieden mitbaut“.

Beklagt wurde in dem Bericht auch, daß die Verpflichtung zur Geheimhaltung, der bestimmte DDR-Bürger unterworfen werden, „bei manchen oder auch bei vielen“ zum Abbruch von Kontakten zu Angehörigen und Freunden im Westen geführt habe. Der Ausschuß habe den Eindruck gewonnen, daß der Kreis der Geheimnisträger, deren Kontakte deutlich begrenzt werden, nicht kleiner werde.

In seinem Bericht über die Eingaben sprach sich der Synodalausschuß für eine umfassende und offene Informationspolitik aus, die er als eine „wesentliche vertrauensbildende Maßnahme im Inneren“ ansieht. Das Maß der

Offenheit signalisiere das Maß von Verantwortungsbewußtsein, das dem einzelnen Bürger zugetraut werde. „Wir haben das deutliche Empfinden, daß uns mehr zugetraut werden kann“, hieß es dazu.

Erneut beklagt wurde auch, daß für wehrpflichtige Männer in der DDR, die sich nach Ableistung ihres Grundwehrdienstes nicht mehr in der Lage sehen, Waffendienst zu leisten, noch keine Möglichkeit eines waffenlosen Reservistendienstes besteht. Besorgt äußerte sich der Ausschuß ferner zu der Tatsache, daß sogenannten Totalverweigerern, die auch einen waffenlosen Ersatzdienst in den Baueinheiten der DDR-Volksarmee ablehnen, im Verteidigungsfalle die Todesstrafe drohe. Von Betroffenen sei darum die Kirche gebeten worden, für eine Änderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen einzutreten. Dies entspricht nach Ansicht des Ausschusses auch der Aufforderung des Ökumenischen Rates der Kirchen an seine Mitgliedskirchen, bei ihren Regierungen dafür einzutreten, das Recht der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen anzuerkennen.

– Jubiläumsfeier der Evangelischen Verlagsanstalt

Leipzig – Die Ost-Berliner Evangelische Verlagsanstalt hat mit einer festlichen Stunde, zu der sie am Rande der Buchmesse nach Leipzig eingeladen hatte, an ihre Gründung vor 40 Jahre erinnert. An dem Treffen, bei dem der Thüringer Landesbischof Werner Leich (Eisenach) als Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen den Mitarbeitern des Verlages für ihre Arbeit dankte, nahmen auch der stellvertretende Kulturminister der DDR, Klaus Höpcke, und der Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels zu Leipzig, Jürgen Gruner, teil.

Wie der Theologische Direktor dieses größten konfessionellen Verlages in der DDR, Siegfried Bräuer, dabei betonte, sei der Anstoß für die Gründung dieses kircheneigenen Verlages von der damaligen Sowjetischen Militäradministration in Deutschland ausgegangen. Von ihr sei auch am 13. Mai 1946 die Lizenz für die Verlagsanstalt erteilt worden. Seither sind in diesem Verlag insgesamt 9.100 Titel verlegt worden, 5.800 davon als Neuerscheinungen. Das Verlagsprogramm reicht von akademischen Abhandlungen bis zu Musikalien und umfaßt thematisch Theologie und Gemeindeschriften, Belletristik, Kunst und Musik.

Zu den auflagenstärksten Verlagstiteln gehören die weltweit bekannten

Herrnhuter Losungen mit einer Auflage von insgesamt 13,4 Millionen Exemplaren und das Evangelische Kirchengesangbuch mit bislang insgesamt 3,3 Millionen Exemplaren. Von den über 200 Titeln, die das Verlagsprogramm gegenwärtig aufführt, sind 150 Neuerscheinungen, die zusammen mit den Nachauflagen eine Gesamtauflage von über drei Millionen Exemplaren haben.

Als kirchlicher Zentralverlag, der gegenwärtig mehr als 80 Mitarbeiter in Ost-Berlin und Leipzig beschäftigt, gehört die Evangelische Verlagsanstalt zu den größten Verlagen in der DDR. Lizenzträger sind zwei Gesellschafter: der Ost-Berliner Bischof Gottfried Forck (seit 1974) und der Direktor des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirchen, Oberkirchenrat Ernst Petzold.

– In der DDR wachsendes Interesse an der Bibel

Loccum – In der DDR ist ein wachsendes Interesse an der Heiligen Schrift festzustellen; vor allem unter der jungen Generation. Nach Angaben der Direktorin der Evangelischen Haupt-Bibelgesellschaft in der DDR (Berlin und Altenburg), Karin Weber, übertreffen die Bestellungen von Bibeln die jeweiligen Druckauflagen um mehr als das Dreifache. Vor der Generalversammlung der Deutschen Bibelgesellschaft (Stuttgart) in Loccum bei Hannover sagte Karin Weber, viele DDR-Bürger entdeckten, daß man Werke der abendländischen Kunst und Musik nicht verstehen könne, ohne mit der Bibel wenigstens teilweise vertraut zu sein. Andere wollten einfach „das Buch der Christen“ kennenlernen.

Zur Lage der Nation im geteilten Deutschland

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gab am 14. März 1986 vor dem Deutschen Bundestag den Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland ab. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand das Folgende:

Erstens:

Wir fordern Humanität und Frieden an der Grenze mit den Deutschen. Mauer und Stacheldraht und Schießbefehl müssen weg.

Zweitens:

Wir fordern Freizügigkeit in Deutschland. Reisefreiheit für die Menschen, der ungehinderte Fluß von Informationen und Meinungen, das sollte auch zwischen den beiden Staaten in Deutschland endlich alltägliche Praxis werden. Zum freien Austausch müssen Bücher gehören, Zeitungen, Filme, auch das Wort des Wissenschaftlers und das Werk des Künstlers.

Drittens:

Wir fordern die Einhaltung der Menschenrechte und die Gewährung der Grundrechte für unsere Landsleute in der DDR. Sie haben ein selbstverständliches Recht, nach ihrem Gewissen zu handeln, ihre Meinung frei zu äußern und wegen ihres Glaubens nicht diskriminiert zu werden.

Es darf und es wird keine Mißverständnisse geben: Wir sind bereit, zum Wohl der Menschen viele kleine Schritte zu tun. Aber diese drei Forderungen bestimmen unsere Richtung.

Tagungen zum Thema

„Jugend in der DDR und in der Bundesrepublik“

Fachtagung des Brüsewitz-Zentrums

21. Juni 1986, Bonn

Anmeldung und Information:
Regina Lessenthin
Skagerrakstraße 82, 4650 Gelsenkirchen

„Was heißt: „Im nationalen Interesse“?“

Deutschlandpolitisches Forum
der Hessischen Akademie für politische Bildung

21. Juni 1986, Bad Nauheim

Anmeldung und Information:
Hessische Akademie für politische Bildung e.V.
Biebricher Allee 29, 6200 Wiesbaden

„Christ-sein in der DDR“

Wochenendseminar des
„Arbeitskreis Theologiestudenten“
in Zusammenarbeit von RCDS und EAK

11. bis 13. Juli 1986,
Karl-Arnold-Bildungsstätte,
Bonn-Bad Godesberg

Anmeldung und Information:
Karl-Arnold-Bildungsstätte,
Venner Straße 55, 5300 Bonn 2

Die Teilnahme ist kostenlos. Herzlich eingeladen sind auch
Studenten anderer Fakultäten sowie alle interessierten
Jugendlichen über 18 Jahren.

Das Bildungswerk der Karl-Arnold-Stiftung
veranstaltet eine Reihe von Seminaren
zu deutschlandpolitischen Fragen, z. B.:

„Vergangenheitsbewältigung und Traditionspflege in der DDR“

Fachtagung vom 15. bis 18. September 1986,
Bonn-Bad Godesberg

Anmeldung und Information:
Karl-Arnold-Bildungsstätte,
Venner Straße 55, 5300 Bonn 2

Fordern Sie hier bitte auch das Jahresprogramm an,
dem Sie weitere Termine entnehmen können.

Anlässlich der deutschlandpolitischen Tagung des Bundes der Vertriebenen in Celle eröffnete der Stellvertretende
Niedersächsische Ministerpräsident, Minister **Wilfried Hasselmann**, Perspektiven für die Fortentwicklung der
Deutschlandpolitik. An die Delegierten gewandt sagte Hasselmann:

„Wir haben die tiefe menschliche Verpflichtung, die großartigen Kulturleistungen unserer Vorfahren im Osten
nicht einfach getilgt sein zu lassen, sondern sie durch unsere Kinder und Enkel für ein Europa der Zukunft nutzbar
zu machen“.

Toleranz ist ein hohes Gut

– Anmerkungen zum Thema „Kirche und Uniform“ –

Reiner A. Terhorst

Die Protestanten in der Stadt
Duisburg wurden zweimal inner-
halb kurzer Zeit Zeugen eines
merkwürdigen Toleranzverständ-

nisses von Teilen der evangeli-
schen Kirche in ihrer Stadt. Nach-
dem in der Vorweihnachtszeit die
Salvator-Gemeinde Düsseldorf

Polizeimusikern aufsehenerregend
untersagt hatte, in Uniform bei
einem Adventskonzert mitzuwir-
ken, weigerte sich Mitte März eine



Militärbischof Heinz-Georg Binder (l.) empfing in Bonn das neuvermählte Ehepaar Manuela und Thomas Ummerlee zu einem Gespräch. Die beiden waren in die Schlagzeilen geraten, nachdem die Duisburger Pastorin Ilse Bonow sich geweigert hatte, Ummerlee in Uniform zu trauen. Erst als er Zivil trug, nahm sie die kirchliche Handlung vor. Der Panzergrenadier wollte mit seinem Erscheinen in Uniform „der Verbundenheit mit meinen Kameraden Ausdruck verleihen“. Die Weigerung der Pastorin habe ihn „betroffen gemacht“. Auch der Militärbischof unterstrich, daß er die Haltung der Seelsorgerin „weder pastoral noch allgemein-menschlich“ verstehe. Wie Binder ankündigte, werde sich die Militärseelsorge in Kürze mit dem „Fall Bonow“ beschäftigen.

Foto: prs

junge Pfarrerin der Kirchengemeinde Duisburg-Neumühl, einen 21jährigen Wehrpflichtigen in seiner Ausgeh-Uniform zu trauen.

Der „Knall“ kam buchstäblich in letzter Minute, als die Pfarrerin unmittelbar vor Beginn der Zeremonie in der Gnadenkirche die Trauung verweigerte. Verwirrung und Ratlosigkeit bei den über 60 Hochzeitsgästen war die Folge! Letztlich hat die Pfarrerin durch ihr Verhalten sogar eine Spaltung der Gemeinde provoziert, denn nur wenige Tage nach dem Zwischenfall hat das Presbyterium der Gemeinde in eindeutiger Weise erklärt, daß Soldaten, die in Uniform getraut werden wollen, dies in der Gnadenkirche in Zukunft tun können! Dem jungen betroffenen Wehrpflichtigen freilich wird das wenig nutzen, mußte er sich für das Ja-Wort in der Kirche doch das (viel zu große) Jackett seines Schwagers borgen!!

Der Duisburger Fall ist nun beileibe keine Einzelaktion gewesen, hatte doch zuvor ein Beispiel aus

Bremen im wahrsten Sinne des Wortes „Schule gemacht“. Ist die evangelische Kirche eigentlich noch eine Volkskirche? Auf diese besorgte Frage konzentrierten sich die zahlreichen Reaktionen und Stellungnahmen, die anschließend die intensive Diskussion über die Vorgänge prägten. Deutlich Stellung bezogen hat in dieser Frage dankenswerterweise der evangelische Militärbischof Heinz-Georg Binder, der die Auffassung vertritt, daß Soldaten das Recht haben, bei kirchlichen Amtshandlungen Uniform zu tragen. Offenkundig, so Binder, gehe es den betreffenden Pfarrern um eine „Demonstration ihrer persönlichen Überzeugung“. Mit einem solchen „schroffen Verhalten“ erreichten sie jedoch genau das Gegenteil von dem, was sie als Seelsorger anstreben sollten, nämlich Nachdenklichkeit und Gespräch. Binder meinte, durch die Verweigerung einer Trauung in Uniform grenze der Pfarrer einen anderen Menschen aus.

Sehr richtig hat übrigens Bundesverteidigungsminister Dr. Manfred

Wörner diese Vorfälle als „skandalös“ bezeichnet. Er sehe darin ein Beispiel für Diskriminierung und Ausgrenzung von Angehörigen der Bundeswehr in ihren Heimatgemeinden. Soldaten schützten auch das Recht auf Glaubensfreiheit und Religionsausübung!

Persönlich sehe ich in dem politisch-ideologisch motivierten Verhalten der zwei Bremer Theologen und der Neumühler Pfarrerin die Gefahr, durch ihre subjektive Theologie der Beliebigkeit eine Unterteilung in gute und böse, in akzeptierte und in nicht akzeptierte Christen vorzunehmen und letztlich in der Tat eine Spaltung der Gemeinde zu betreiben. Wer duldet, daß „Friedensinitiativen“ etwa in Wackersdorf und anderswo mit Knüppeln vorgehen und mit Steinen werfen, sollte und muß zur Kenntnis nehmen, daß es auch heute viele junge Leute gibt, die bereitwillig ihren Friedensdienst in der Bundeswehr leisten und sich ihrer Uniform nicht schämen.

Ich habe durchaus Verständnis für die persönliche Meinung der Pfarrerin und der Pfarrer, ich akzeptiere sie als eine Haltung unter vielen, die aber nicht meine und die des Evangelischen Arbeitskreises ist. Wie sagte Hermann Ehlers so richtig: „Evangelische Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden!“. Toleranz ist ein hohes Gut, und Gott ist für alle Menschen da, unabhängig von Stand, Ansehen oder gar der Kleidung! Das sollten sich gerade die betreffenden Geistlichen vor Augen halten! Toleranz ist schließlich keine Einbahnstraße!

Anmerkung: Der Autor dieses Beitrags, Reiner A. Terhorst (32), ist seit fünf Jahren Kreisvorsitzender des EAK Duisburg und arbeitet als freier Journalist für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften im Bundesgebiet auf den Gebieten Politik, Arbeits- und Sozialrecht. Er gehört der Gemeinde Duisburg-Neumühl an, in der eine Trauung in Uniform verweigert wurde!

Um der Menschen willen

Evangelische Christen und die Soziale Marktwirtschaft

– Großer Erfolg für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) –

Einen begeisterten Empfang bereiteten die über 2.000 Teilnehmer der Öffentlichen Schlußkundgebung der 27. EAK-Bundestagung am Sonntag, 20. April 1986, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in der Eilenriedehalle in Hannover. Diese von Bundesminister Dollinger geleitete Veranstaltung mit dem CDU-Landesvorsitzenden Wilfried Hasselemann und Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht war der Höhepunkt einer dreitägigen intensiven Auseinandersetzung mit Fragen und Problemen der Sozialen Marktwirtschaft.

Eröffnet wurde die Tagung, zu der 800 selbstzahlende Dauerteilnehmer nach Hannover gekommen waren, mit der Rede des EAK-Bundesvorsitzenden, Staatsminister Albrecht Martin. Eindringlich warnte er davor, daß sich im kirchlichen Bereich jene Gruppen durchsetz-

ten, die ganz bestimmte politische Antworten für allein christlich erklärten. Wenn die evangelische Kirche Volkskirche bleiben will, muß in den Gemeinden Platz sein auch für verschiedene politische Ansichten.

Martin wörtlich: „Es ist und bleibt Aufgabe des EAK, im politischen und kirchlichen Umfeld sowohl die Überzeugungen und Vorstellungen des evangelischen Christen in die innerparteiliche Meinungsbildung der Union einzubringen, als auch die Erfahrung des politischen Alltages für das innerkirchliche Gespräch nutzbar zu machen“.

Mit dieser dialogischen Zielsetzung wurde auch das Tagungsthema, „Um der Menschen willen – Evangelische Christen und die Soziale Marktwirtschaft –“, formuliert. Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg wies in seinem Hauptreferat auf die notwendige Verbin-

dung zwischen marktwirtschaftlicher Freiheit und sozialem Ausgleich hin. Er bedauerte, daß es gerade überzeugten und engagierten Christen nicht immer leicht fiel, Markt und soziale Gerechtigkeit als etwas in sich Verbundenes zu verstehen. Nirgendwo gäbe es größere Chancen für sozialen Aufstieg durch eigene Leistung als in einer funktionierenden und offenen Marktwirtschaft und gleichzeitig seien nirgendwo die ökonomischen Grundlagen für die Wahrnehmung sozialer Aufgaben besser. Eindringlich warnte er vor marktwirtschaftsfeindlichen Ideologien, wie sie teilweise von Sozialdemokraten und Grünen vertreten werden.

Im Rahmen des „Theologischen Abendgesprächs“ bekannten sich Landesbischof D. Eduard Lohse und Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht übereinstimmend zur frei-

Um der Menschen willen

Evangelische Christen und die Soziale Marktwirtschaft

EAK
Evangelischer
Arbeitskreis
der CDU/CSU

27. Bundestagung

EAK
Evangelischer
Arbeitskreis
der CDU/CSU



Blick ins Plenum während des Hauptvortrages von Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg

heitlichen Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft als entscheidendem Beitrag zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, ohne dabei die Probleme im Bereich der Landwirtschaft oder des Umweltschutzes zu verhehlen.

In drei Arbeitskreisen setzten sich die Teilnehmer mit Fragen der Gesellschafts-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auseinander. Zu den Gesprächspartnern gehörten u. a. Bundesminister Dr. Jürgen Warnke, Staatssekretär Prof. Dr. Johann Diedrich Hellwege, Staatssekretär Dr. Wolfgang von Geldern, Dr. Werner Remmers, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Max-Dietrich Kley, Vorsitzender des Arbeitskreises evangelischer Unternehmer; Dr. Klaus Lefringhausen, evangelischer Geschäftsführer der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, der Generalsekretär des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Oberkirchenrat a. D. Christian Krause, Dr. Helmut Müller, Mitglied des Rates der EKD und der Beauftragte des Rates der EKD für agrarsoziale Fragen, Herbert Rösener.

Die kritischen, aber durchaus sachlichen und engagierten Diskussionsbeiträge zeigten, daß der EAK mit dieser Tagung einen Themenkomplex aufgeriffen hat, der viele von uns unmittelbar berührt. Übereinstimmend wurde in allen Arbeitskreisen festgestellt, daß das System der Sozialen Marktwirtschaft trotz mancher Kritikpunkte den nationalen und internationalen Anforderungen durchaus gerecht zu werden vermag. An ihrer Fortschreibung und Erneuerung will man in Zukunft gemeinsam weiterarbeiten.

Der Bundeskanzler und der Niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht konnten am Ende dieser 27. Bundestagung dem EAK-Bundesvorsitzenden nicht nur zu seiner Wiederwahl, sondern auch zu einer insgesamt erfolgreichen und in Presse, Funk und Fernsehen vielbeachteten Tagung gratulieren.

(Die Broschüre mit den Reden und Referaten erhalten Sie in absehbarer Zeit über die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1, Telefon (0228) 544-306).

Der „Bundesarbeitskreis“ des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU hat am 18. April 1986 in Hannover folgenden Bundesvorstand neu gewählt:

Bundesvorsitzender:

Staatsminister Albrecht Martin, MdL

Stellvertretende

Bundesvorsitzende:

Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB

Staatsminister Friedrich Vogel, MdB

Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB

Arnulf Borsche

Beisitzer:

Ursula Dippel

Klaus-Jürgen Hedrich, MdB

Peter W. Höffkes, MdB

Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL

Staatssekretär Dr. Gerd Langguth

Pastor Dr. Gottfried Mehnert

Dr. Friedrich Menke, MdBB

Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski

Dr. Gerhard Rödding, MdL

Klaus Weigelt

Uwe Wienholz

Waltrud Will-Feld, MdB

Die geistig-moralische Wende – was ist aus ihr geworden?

Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg: Sozialethische Neuorientierung deutscher Politik

Reiner A. Terhorst

Nicht auf Konfrontation, sondern auf Dialog und sachliche Auseinandersetzung zielte die Tagung in der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr zum Thema „Die geistig-moralische Wende – was ist aus ihr geworden?“, die gemeinsam von Akademie und Evangelischem Arbeitskreis Rheinland im April durchgeführt wurde. Zahlreiche Repräsentanten und Mitglieder des EAK und der Landeskirche trafen sich, um „Zwischenbilanz eines hohen Anspruchs“ zu ziehen, wie es Akademiedirektor Dr. Dieter Bach formulierte.

Den „Einstieg“ in der Thematik vollzog Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg, mit herzlichem Beifall begrüßt, mit einer Analyse der „sozialethischen Neuorientierung deutscher Politik“. Diese Formulierung, so der Minister, kennzeichne die nach der Politik der sozialliberalen Koalition notwendig gewordenen Veränderungen und neuen Zielsetzungen besser als der Begriff „Wende“. Stoltenberg verwies auf die bereits zu Beginn der Ära Brandt erkennbaren

Fehlentwicklungen in den 70er Jahren, die zu einer immer stärkeren Vorbelastung der Generation unserer Kinder, der empfindlichen Einschränkung ihrer Lebens- und Gestaltungsmöglichkeit geführt habe und letztlich eine schwere Verletzung der sittlichen Grundlagen des Generationenvertrages zur Folge hatte. Wörtlich meinte er: „Spätestens zu dem Zeitpunkt, an dem die überzeugenden Vorstellungen über künftige Wachstumsraten deutlich nach unten korrigiert werden muß-

ten, von einem wichtigen Teil der Linken Wachstum sogar prinzipiell bezweifelt wurde, hätten grundlegende Konsequenzen für die staatliche Finanz- und Sozialpolitik gezogen werden müssen.“

Die neue Finanzpolitik der Regierung Helmut Kohl schließlich hatte vorrangig das Ziel, die Rückgewinnung von Preisstabilität, niedrigere Zinsen und die Förderung privater Investitionen zu erreichen, um so den Wachstumsprozeß zu verstetigen und auch die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt zu fördern. Preisstabilität hatte nach den Worten des Bundesfinanzministers sozial-ethisch begründete Priorität. Linke Kritiker bis in die Reihe der evangelischen Kirche hinein hätten die der Regierung gestellte Aufgabe verkannt, wenn sie ausschließlich unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten argumentieren würden. „Die größte Umverteilung von unten nach oben war das Ergebnis sozialdemokratischer Schuldenpolitik, die mit steigender Inflation vor allem die Bezieher kleiner Einkommen, die Rentner, die kinderreichen Familien hart traf. In diesem Jahr hingegen werden auch die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner seit langer Zeit

erstmal wieder spürbar zunehmen“, erläuterte Stoltenberg. Auf die Steuerreform der Bundesregierung eingehend, meinte der Minister: „Der Unterschied zwischen Brutto- und Nettoeinkommen ist offensichtlich zu groß geworden. Wir müssen ihn vor allem durch Steuersenkungen wieder verringern, damit ethische Appelle an die Solidarität auch durch die zugrundeliegenden Entwicklungen konkreter begründet werden!“

Im weiteren Verlauf seiner Grundsatzrede ging Minister Stoltenberg auf die Innen-, Sicherheits- und Außenpolitik ein und streifte „Reizworte“ wie „fälschungssicherer Personalausweis“, „Nato“ und auch „Südafrika“.

Bei der innenpolitischen Auseinandersetzung um die Nachrüstung habe ihn vor allem beunruhigt, „daß die Behauptung unserer freiheitlichen Staats- und Lebensform für viele fast bedeutungslos geworden war“. Bei allem Respekt vor ernsthaften politischen Argumenten gegen die Nachrüstung seien die ins Spiel gebrachten Angstparolen jedoch unverantwortlich gewesen. Stoltenberg ergänzte: „Man kann das wichtige Thema von Rüstung und ihrer Begrenzung nicht von

den zugrunde liegenden politischen Zielen abtrennen. Wenn für uns die Sicherung von Frieden und Freiheit die erste Maxime unserer Außenpolitik bleibt, ist eine moderne, in ihrer Verteidigungsfähigkeit glaubwürdige Bundeswehr im System des Bündnisses für uns unentbehrlich. Illusionen und Utopien können in der internationalen Politik noch verhängnisvollere Folgen haben als in der Innenpolitik“. Frieden und Freiheit seien die Voraussetzung dafür, daß soziale Gerechtigkeit möglich wird!

Den Ausführungen des Ministers folgten „kritische Anfragen an die Ergebnisse der angekündigten geistig-moralischen Wende“, wie Landessuperintendent Dr. Ako Haarbeck (Detmold) seine Worte verstanden wissen wollte. Er wies gleich zu Beginn seiner Rede darauf hin, daß das „Geistig-Moralische“, was immer man darunter verstehen will, nicht das spezielle Thema der Kirche sei. Als kirchenleitender Theologe sei er durchaus nicht Fachmann für geistig-moralische Fragen. Wörtlich meinte der Landessuperintendent: „Die Kirche ist – einem verbreiteten traditionsreichen Vorurteil zum Trotz sei es gesagt – von Gott nicht als Hüterin der Moral eingesetzt, sondern zur Verkündigung des Evangeliums von der Gnade Gottes. Die Kirche steht in der Tradition der Apostel, nicht in der Tradition der Moralapostel. Das Wort ‚Siehe, ich mache alles neu‘ wird in der Heiligen Schrift dem Sohn Gottes zugeschrieben, keiner Kirche und keiner Partei“.

Dr. Ako Haarbeck stellte fest, daß nach seiner Auffassung Parteien ein politisches Mandat hätten, kein geistig-moralisches. Sie sollten sich mit den Möglichkeiten der Politik für ein friedliches, freiheitliches Zusammenleben der Bürger und der Völker in Gerechtigkeit und Menschlichkeit einsetzen. Die Aufgaben der Eltern und Erzieher, der Schulen und Universitäten, der Künstler und Philosophen, der Seelsorger und Journalisten können und dürfen sie nicht ersetzen oder ideologisch regulieren wollen.

In seinen kritischen Anfragen streifte der Landessuperintendent



Der Hausherr begrüßt den Minister: Der Direktor der Ev. Akademie Mülheim/Ruhr, Dr. Dieter Bach, heißt Dr. Gerhard Stoltenberg willkommen. Mit dabei Mülheims EAK-Vorsitzende Renate Sommer, EAK-Landesvorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose und Duisburgs EAK-Vorsitzender Reiner A. Terhorst, unser Autor.

Foto: A. Probst

verschiedene innen- und außenpolitische Bereiche. An den Bundesfinanzminister gerichtet fragte er: „*War es wirklich fair, die Fehlentwicklungen der 70er Jahre und ihre Ergebnisse, – Zerbruch des Fortschrittsglaubens, Unsicherheit hinsichtlich der Werte, Institutionsfeindlichkeit, lähmendes Versorgungs- und Sicherheitsdenken usw. – so stark dem politischen Gegner anzulasten, statt, bei allem notwendigen Willen, Kurskorrekturen vorzunehmen, auch die Leistungen des sozialdemokratischen Vorgängers positiv zu würdigen?*“

Dr. Haarbeck fragte nach der Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern, nannte als Stichworte Fehlverhalten, Bestechungsaffären, Mißbrauch der Macht und Vertrauenskrise, beschrieb „hartnäckige Widerstände gegen den maschinenlesbaren Personalausweis“. Wörtlich fragte er: „Gilt für die CDU etwa der Leninsche Satz ‚Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!‘?“

Im Anschluß an Haarbecks Anfragen ergriff Minister Stoltenberg noch einmal das Wort und stellte aus seiner Sicht Sachverhalte klar

und richtig, formulierte Antworten und gab weitere Perspektiven.

Danach wurde das Plenum (die Tagung war schon Wochen zuvor „ausverkauft“!) in die lebhafte Diskussion einbezogen. Gegensätze wurden deutlich, aber auch Gemeinsamkeiten traten zutage. Keiner unter den Teilnehmern hatte wohl vollständige Meinungsdekung und Übereinstimmung erwartet. Dieses zu erreichen, war die Tagung – was allen vorher klar war – nicht im Stande. Ein Ziel jedoch wurde erreicht, nämlich die gebotene Chance zum Dialog, zur kritischen Auseinandersetzung mit gegensätzlichen Positionen wahrzunehmen. Selbst am Ende des ersten Tages fand man in der gemütlichen Klausur der vorbildlich eingerichteten und ausgestatteten Akademie noch reichlich Gelegenheit zur Meinungsvertiefung und zum Gedankenaustausch. Manch einer unter den EAK-Teilnehmern fragte sich, wieso denn ein solcher Dialog nicht auch „vor Ort“, auf Gemeindeebene möglich sein kann . . . ?!

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen von Arbeits- und Sozial-

Gesundheits-, Umwelt- und Jugendpolitik. Für die Union und den EAK bezogen der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Dr. Horst Waffenschmidt, der nordrhein-westfälische Landtagsvizepräsident und Landesvorsitzende des EAK Rheinland, Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, sowie der Bundestagsabgeordnete Horst Günther Position zu Fragen und Anmerkungen der Wissenschaftler Prof. Dr. Horst Scarbath und Dr. Jürgen Collatz sowie des Pfarrers Eduard Wörmann. Auch an diese „Pro- und Contra-Debatte“ schloß sich eine lebhafte Plenumsdiskussion an.

Beide Veranstalter – Akademie und EAK – waren sich einig, auch künftig gemeinsame Gespräche und Tagungen dieser Art abzuhalten, um der Sprachlosigkeit und dem „Aneinander-vorbeireden“ entgegenzuwirken und einen dauerhaften Dialog zu entwickeln!

Hinweis der Redaktion: Die Rede von Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg ist im Bulletin der Bundesregierung veröffentlicht worden. Wer sich für den Text interessiert, wendet sich bitte an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1.

Frühkindliche Erziehung – Das Defizit unserer Gesellschaft

Michael Günther

Mit diesem Beitrag stellen wir die „Deutsche Liga für das Kind“ vor, deren Ziele und Aufgaben auf zahlreichen Tagungen und der „Stätte der Begegnung – Vlotho“ mit Wissenschaftlern, vor allem Psychologen, Soziologen, Ärzten etc. diskutiert wurden. Dabei kristallisierte sich immer mehr die Erkenntnis heraus, daß die Ursachen von Jugendkriminalität, Agressivität, totaler Interessenlosigkeit u. a. Schäden in der allerfrühesten Kindheit zu suchen sind. Deutlich wurde aber auch, daß die frühzeitige Prävention dieser Schäden ungleich erfolgreicher ist als alle späteren Versuche, sie zu heilen.

„Gemessen an den Erziehungsprozessen der frühen Kinderjahre,

so lehren uns die medizinischen Erkenntnisse, sind alle pädagogischen Prozesse jenseits des sechsten Lebensjahres eher eine Bagatelle“. Das sagt der Direktor des Kinderzentrums sowie des Instituts für Soziale Pädiatrie und Jugendmedizin der Universität München, Prof. Hellbrügge.

Die Lehren aus dem, was dieser bekannte Wissenschaftler und viele andere, die auf diesem Gebiet arbeiten, zu dieser Frage zusammenbringen, lassen sich kurz wie folgt resümieren: Die ersten Lebens-tage, Monate und Jahre entschei-

den darüber, wie der Mensch seine Erbanlagen, sein genetisches Potential nutzt. In dieser frühen Phase entsteht das Fundament der späteren Person. Nur, wenn es tragfähig ist, kann sich, darauf aufbauend, ein mündiger, selbstverantwortlicher und urteilsfähiger Bürger entfalten.

Eltern wünschen sich glückliche und gescheite Kinder. Wie dies aber zu bewerkstelligen sei, darüber besteht vielfach Unsicherheit. Eltern sollten dazu wissen: Während das Körperwachstum etwa mit 16 bis 18 Jahren abgeschlossen ist,

wächst das Großhirn viel schneller. 90 Prozent dieses Großhirnwachstums sind etwa mit fünf Jahren abgeschlossen. Vor allem in den ersten 18 Monaten entwickelt es sich überraschend schnell. Und noch wichtiger: Gerade in dieser Zeit werden die Nervenzellen im Gehirn „vernetzt“. Das Kind ist besonders empfindsam für Sinneseindrücke, gute oder angstmachende. Der Computerfachmann würde sagen: „Das Gehirn wird programmiert“.

An behinderten Kindern hat man erkannt, wie entscheidend die frühe Kindheit ist. So zeigte sich etwa, daß das Sprechen in den ersten drei Jahren erlernt wird, was in keiner anderen Lebenszeit nachzuholen ist. Das gilt auch für andere Fähigkeiten. In dieser empfindsamen Phase werden entscheidende Weichen gestellt. (Hellbrügge, Frühe Kindheit und Erziehung.)

Die Gesellschaft könnte sich viele Kriminelle und gestörte Menschen ersparen, wenn sie der frühkindlichen Erziehung mehr Aufmerksamkeit schenkte. Was gehört alles dazu?

Pfeiler frühkindlicher Erziehung

Eltern, die ihrem Kind gute Startchancen verschaffen wollen, werden sich schon während der Schwangerschaft, in der pränatalen Phase, entsprechend verhalten, indem beide sich auf das Kind freuen, harmonisch miteinander verbunden sind und ein gesundes Leben führen.

Da auch das Geburtserlebnis im Gedächtnis des Kindes gespeichert wird, ist eine „sanfte“ Geburt hilfreich, möglichst ohne künstliche Einleitung der Wehen. Der Vater sollte seiner Frau beistehen.

Nach der Geburt werden heute bereits in vielen Kliniken Mutter und Kind nicht mehr getrennt (rooming in). In den ersten Tagen zu Hause sollte der Vater die Mutter im Haushalt unterstützen, damit sie Zeit findet, sich ruhig und entspannt ihrem Neugeborenen zu widmen.

In den ersten Tagen, Monaten und darüber hinaus benötigt das



Kind viele Stunden – etwa vier bis fünf täglich –, Haut- und Blickkontakt, Lächeln und Zärtlichkeit. So entsteht eine Atmosphäre von Geborgenheit, Wärme und Sicherheit, in der das „Ur“- oder „Grundvertrauen“ gedeiht, das dem Kind für sein ganzes Leben einen Vorrat an Zuversicht und Lebensfreude gibt und ihm damit hilft, seelisches Leid zu überwinden.

Wenn möglich, sollte das Kind 3 bis 6 Monate gestillt werden. Das Kind wird nicht nur satt, sondern ihm wird außerdem die warme Haut der Mutter angeboten, wodurch ein optimaler Sozialkontakt entsteht. Brustkinder sind ihren nicht gestillten Altersgenossen nicht nur deshalb überlegen, weil sie mit der Muttermilch gleichzeitig noch eine Menge Immunkörper mitbekommen, sondern weil ihr soziales Lernen um ein Vielfaches intensiver ist (Hellbrügge).

Die Bezugsperson sollte nicht wechseln. Das Kind braucht Konstanz in seinen ersten Beziehungen und seiner Umwelt.

Das Kind sollte auch möglichst viel am Familienleben teilnehmen und nicht in den „stillen Winkel“ abgeschoben werden. Häufig mit ihm sprechen, das Wiederholen von Kinderversen, Fingerspiele, Singen und Musik fördern die „Vernetzung“ im Gehirn.

In Kindern, die derart glücklich aufwachsen, bildet sich Grundvertrauen, ohne das Werte wie Glau-

ben, Gewissen und eine hochstehende Moral schwerlich entstehen. In der frühen Kindheit entscheidet sich, ob der Mensch später fröhlich oder gedrückt ist, ob er kontaktfähig und liebevoll oder ein Einzelgänger wird, ob er gerne arbeitet oder träge dahinlebt, ob er sich leicht entmutigen läßt oder als Stehaufmännchen seine Niederlagen bewältigt. (Stözl-Gumpfenberg, Die entscheidenden ersten Lebensjahre.)

Das so gewonnene Grundvertrauen muß in späteren Lebensphasen gestärkt und gefestigt werden, um Enttäuschungen und Lebenskrisen standzuhalten. Es wirkt bis in das Alter hinein.

Neue Schwerpunkte

Unsere Gesellschaft wendet Milliarden auf für die Bekämpfung der Kriminalität und die – überwiegend erfolglosen – Versuche zur Resozialisierung. Die Delikte, vor allem Jugendlicher, wachsen beängstigend; Drogenmißbrauch greift immer weiter um sich; aggressives Verhalten, Brutalität, Apathie und Selbstmorde nehmen zu.

Wir erzielen mit weniger Geld größere Erfolge, wenn wir uns verstärkt der frühkindlichen Erziehung zuwenden.

Begrüßenswerte Maßnahmen:

– Kenntnisse über die Wichtigkeit der frühen Lebensphase intensiver verbreiten, möglichst schon in der Schule, vor allem aber gerichtet an Schwangere, Mütter und Väter.

Unsere Autoren:

Helmut Matthies
idea
Postfach 1820
6330 Weitzlar

Hans Christian Maaß
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn

Reiner A. Terhorst
Salzmannstraße 5
4100 Duisburg 11

Dr. Michael Günther
Mühlenbuschweg 11
4040 Neuss 21

– Ärzte und Pflegepersonal sollten über die neuesten Ergebnisse dieses Gebiets fortlaufend informiert werden.

– entsprechende Verhaltensweisen müssen eingeübt werden,

– den materiellen Rahmen stärken, der eine ständige Anwesenheit der Mutter beim Kleinstkind ermöglicht,

– mehr Angebote von Teilzeitarbeit, kinderfreundliche Wohnungen, Abbau der Heimpflege zugunsten von Pflegefamilien.

Hinweis der Redaktion:

– Kontaktadressen:

„Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft“, Fährstraße 17a, D-5452 Weißenthurm, Telefon (0 26 37) 89 60.

Referenten werden über diese Gesellschaft vermittelt:

„Internationale Studiengemeinschaft für pränatale Psychologie“ (ISPP), Prof. Dr. Peter Fedor-Freybergh, Engelbreksgatan 19, S-114 32/Stockholm/Schweden.

– Unter dem Titel „Wir lieben Kinder“ hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle

eine Broschüre zur neuen Familienpolitik der Bundesregierung herausgegeben, die bei der Hauptabt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, angefordert werden kann. Dort ist auch der oben abgebildete Aufkleber erhältlich.

– Zu diesem Themenkomplex vgl. auch: diakonie report 2/86, „Was wiegt schwerer: Das Recht des Kindes auf Eltern oder umgekehrt?“, insbesondere den Beitrag „Über den Schutz des geborenen Lebens“ von Präsident Karl Heinz Neukamm. Zu beziehen über das Verlagswerk der Diakonie GmbH, Kniebisstraße 29, 7000 Stuttgart 1.

Aus unserer Arbeit

Protestanten und ihre Partei

Oldenburg. Über das Thema „Protestanten und ihre Partei“ sprach Rechtsanwalt **Erhard Hackler**, Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (Bonn) im Hotel „Heide“ vor Mitgliedern und Gästen des Landesverbandes Oldenburg.

43% evangelische Wähler für die CDU 1983 widerlegten, so sagte der Referent, das hartnäckige Urteil einer „katholischen Partei“. Die Zahl evangelischer Mitglieder entspräche annähernd ihrem Bevölkerungsanteil. Der Name „Union“ meine die Gemeinschaft beider Konfessionen.

Innerhalb der CDU sei seit den 70er Jahren eine deutliche Entkonfessionalisierung vollzogen. Schon 1952 hatte Hermann Ehlers festgestellt: „Die CDU ist nicht die Kirche, die Kirche ist nicht die CDU“.

Die CDU sehe ihre Programme als fortschreitende Entfaltung des christlichen Menschenbildes; christlicher Realismus sei ihr politisches Ethos. Natürlich bleibe immer der programmatische Anspruch zur politischen Wirklichkeit in einem Spannungsverhältnis. „Christliche Politik“ könne immer nur die persönliche innere Bindung und Verantwortung des Politikers im Auge haben. Es gehe um das Wirken der Christen in ihrer Partei, dem jede Ideologisierung fremd sei. Deshalb sei der derzeitige Rückgang von Politikern aus dem kirchlichen Bereich besonders bedauerlich und die Einbuße an Konsens und Glaubwürdigkeit eine seiner Folgen.

Abschließend erläuterte Hackler die vielfältigen und weitgespannten Aufgaben des EAKs, der das gesamte Feld zwischen Partei, Kirche und Bevölkerung abdecke. Dabei sehe der EAK sich als Sauerteig

und Triebfeder, suche den Dialog mit jedermann, auch mit Außenstehenden, und bemühe sich dabei, den Bürger ernstzunehmen.

Die anschließende Diskussion, zeitweise recht kritisch, kreiste vor allem um die Frage nach dem Sein, den Maßstäben, der Wirksamkeit eines „christlichen“ Politikers und wie „kämpferisch“ er sein dürfe, also auch nach seinen Grenzen. Sie machte deutlich, wie sehr es darauf ankommt, evangelisch zu sein und nicht aus äußeren Gründen krampfhaft so erscheinen zu wollen.

Israel und die nahöstliche Situation

Schriesheim. In Anwesenheit des Vorsitzenden des EAK Baden, Prof. Dr. **H. Pawlowski**, referierte Schuldekan **A. Lohrbächer** (Weinheim) über „Israel und die nahöstliche Situation“. Herr Lohrbächer ist Mitglied des Kuratoriums „christlich-jüdische Zusammenarbeit“ Rhein-Neckar-Kreis, Mitglied des Arbeitskreises „christlich-jüdische Zusammenarbeit“ des Evangel. Kirchentages und Koordinator des Freundeskreises der L. Baek-Schule Haifa.

Der Problemkreis „Naher Osten“ ist durch den Zionismus auf der einen und durch ein panarabisches Selbstbewußtsein auf der anderen Seite gekennzeichnet. Der Referent wies auf die Vorgeschichte und deren Folgen hin, die sich aus der Staatsgründung (1948) Israels ergeben haben. Von Palästinensischer Seite wird stets auf das harte Schicksal der Palästinenser hingewiesen, die mit dieser Staatsgründung ihre Heimat verloren haben. Hiergegen wird nur allzu selten darauf aufmerksam gemacht, daß die meisten Betroffenen nur deshalb das Land verlassen haben, um es schuß-

frei zu machen und um als Sieger wieder zurückzukehren. Unter vielen anderen bleibt auch grundsätzlich die Tatsache unerwähnt, daß mit der Staatsgründung die Vertreibung von ca. 700.000 Juden aus arabischen Staaten verbunden war.

Seit der Staatsgründung wurde durch harte Eigenarbeit Enormes geleistet. Für die Infrastruktur des Westjordanlandes und für den Lebensstandard der dortigen Bevölkerung wurde seit der Besetzung durch die Israelis im Jahre 1967 weit mehr getan als zuvor unter jordanischem Mandat. Für Frieden mit den arabischen Nachbarn hat Israel eine große Vorleistung erbracht, indem es trotz der labilen politischen Situation und der sozialpolitisch brisanten Bevölkerungsexplosion Ägyptens auf die strategisch wichtige Sinai-Halbinsel verzichtet hat.

Der Referent vertrat die Ansicht, daß kein existierender Araberstaat sich einen souveränen Palästinenserstaat im Westjordanland wünscht und es schon deshalb auch in Zukunft kein solches Staatsgebilde geben wird.

Christen tragen Verantwortung

Bad Dürkheim. Nachdem bereits in Schwenningen ein Vorgespräch zur Gründung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU im Schwarzwald-Baar-Kreis stattfand, wurde dieser Schritt einer konstituierenden Sitzung in Bad Dürkheim vollzogen. Die Versammlung wählte **Reinhard Bauer** (Villingen), als Beauftragter zur Gründung erkoren, zum ersten Vorsitzenden.

Kreisvorsitzender **Klaus Panther** begrüßte die zahlreich erschienenen Interessenten und sieht die Gründung dieses

Arbeitskreises als eine Befruchtung der Parteiarbeit. Man wolle sich, so Reinhard Bauer, als einen offenen Arbeitskreis sehen, zu dem auch katholische und andere Christen den Weg finden, denn von der Grundorientierung her sei man ein Arbeitskreis der Christen, der an den Herausforderungen unserer Zeit arbeiten möchte.

Zugegen war auch Dr. **Michael Feist**, Geschäftsführer des Landesvorstands des Evangelischen Arbeitskreises Baden, der Bauer zur Wahl des Vorsitzenden beglückwünschte.

Zwischen Politik und Kirche

Nagold. „Wir versuchen ein offenes Forum zur Grundsatzdiskussion sowohl in der CDU/CSU als auch in der Kirche zu sein, und dieses Angebot möchten wir auch im Kreis Calw allen Christen bieten“. Dies betonte der geschäftsführende Vorsitzende des EAK Baden, Dr. **Michael Feist**, bei einem Vorgespräch dieser Tage im

Gasthaus „Köhlerei“ in Nagold, wo auf Einladung des CDU-Kreisgeschäftsführers **Wilfried Köhler** eine Reihe besonders engagierter Mitglieder zusammenkamen.

Da steht zum einen die wichtige Aufgabe, die Union selbst immer wieder an ihrem „C“ im eigenen Namen zu messen und sie immer wieder auf ihre christlichen Grundlagen zurückzuführen. Dies gerade dann, wenn die säkularisierte Welt die Union in ein anderes Fahrwasser zu ziehen droht.

Da ist zum anderen die nicht minder wichtige Aufgabe des EAK, das Gespräch mit den Kirchen zu suchen. Im Verlauf des Vorgesprächs wurde in diesem Zusammenhang kritisiert, daß viele, gerade auch evangelische Pfarrer, sich nicht selten weniger als Seelsoger denn als Politiker im Talar betätigen. Ein Theologe sei in Fragen der Politik aber ebenso mit Irrtümern behaftet wie alle anderen Sterblichen. Daher sei die Kirche der falsche Ort, um Politik zu machen. Weil dies aber so ist, kam man an diesem Abend einmütig zu der Auffassung, die Gründung eines EAK sei auch im Kreis

Calw notwendig, um zu einem besseren, fruchtbringenden Austausch zwischen Politik und Kirche zu kommen.

Damit eine ordnungsgemäße Gründung eines Evangelischen Arbeitskreises möglich wird, muß zunächst noch der CDU-Kreisvorstand grünes Licht geben. Ist diese Hürde genommen, so wollen die Initiatoren des EAK schon möglichst bald mit einer ersten Veranstaltung in Nagold ihre schwierige Arbeit aufnehmen.

Vorstandswahlen

Bei den Vorstandswahlen des Evangelischen Arbeitskreises des CSU-Bezirksverbandes Oberbayern wurde **Heinz Broschell**, Pullach, als Vorsitzender wiedergewählt. Seine Stellvertreter sind **Rolf Picker** aus Starnberg und **Irmgard Tannenberg** aus Baldham. In den letzten zwei Jahren hat sich der EAK Oberbayern durch einen starken Mitgliederzuwachs zu einem der größten Bezirksverbände des EAK entwickelt.

„Das evangelische Christentum hat für die Öffnungen und Offenheit unserer Neuzeit und für die Freiheitsgeschichte des modernen Menschen Entscheidendes verursacht und beigetragen. Ohne evangelisches Christentum könnten katholische Christen heute gar nicht katholisch sein, sondern säßen noch im vormodernen und vorkonziliaren Ghetto“.

Dr. Werner Remmers, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag auf der 27. EAK-Bundestagung in Hannover.

Buchbesprechung

Von A wie Abrüstung über B wie BaföG und C wie Computer im Unterricht, über D wie Drogen, F wie Familienplanung und G wie Gleichberechtigung bis zu K wie Kindergeld und L wie Lehrstellen, M wie Medien und U wie Umweltschutz, W wie Wehrdienst und Z wie Zivildienst reicht das Stichwortverzeichnis des Taschenbuchs „Politik für junge Leute“. In ihm steht das Wichtigste von dem, was junge Leute von Politik, Staat und Gesellschaft wissen sollten. Es ist eine Art Nachschlagewerk mit Informationen und Ratschlägen für Fragen, die im Alltag immer wieder auftreten. Natürlich kann auf 143 Seiten nicht alles stehen, was man in einer konkreten Situation wissen möchte. Deshalb werden immer wieder Hinweise gegeben auf Ämter und Stellen, die weitere Auskunft geben. „Politik für junge Leute“ ist kostenlos zu erhalten beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1

